

60 Jahre Überparteiliche Bürgergemeinschaft Dachau oder „Dachaus Dritte Kraft“

Vortrag gehalten am 16. November 2019 im Ludwig-Thoma-Haus

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

I

Am 14. November 1959 berichteten die „Dachauer Nachrichten“ und der damals noch bestehende „Dachauer Volksbote“ unisono über eine „neue“ „Überparteiliche Bürgergemeinschaft“. Unter der Überschrift „Wählergemeinschaft gebildet“ schrieb der „Volksbote“, dass Dachauer Bürger, „die seit Jahren den Gedanken der Schaffung einer **Dritten Kraft** im Rathaus förderten“, sich entschlossen hätten, bei der anstehenden Kommunalwahl **1960** mit dem „Wahlvorschlag Ueberparteiliche Bürgergemeinschaft“ anzutreten. Man verstand sich als unparteiisch, den Interessen des Mittelstandes verpflichtet und bekannte sich „zu den christlich-abendländischen, demokratischen und sozialen Grundsätzen“. Was waren die Ziele? Einmal die Vertretung des Mittelstandes im Stadtrat, „Sauberkeit in der Verwaltung, gewissenhafte Verwendung der Steuergelder, unparteiische Personalpolitik, Förderung von Sport und Kultur und (...) einen rechtskundigen, berufsmäßigen Bürgermeister“.

Dieser Wahlvorschlag von 1959 gilt als Geburtsstunde der heutigen ÜB, die 2019 auf 60 Jahre zurückblicken kann (Verein erst seit 1992!). Die damals noch im vierjährigen Rhythmus stattfindende Kommunalwahl brachte der Gruppierung mit Paul Burkert, Karl Fill und Willy Teufelhart senior 1960 drei Sitze, der SPD 14, der CSU sieben und dem BHE zwei Sitze. Es fällt bei der ÜB der Name Paul Burkert auf, denn er gehörte der Bayernpartei an. Im Vorfeld der Wahl von 1960 entschlossen sich die in Agonie befindliche Bayernpartei, aber auch die FDP erstmals mit der ÜB eine gemeinsame Liste aufzustellen, die unter dem Namen „neue ÜB“ lief. Man wollte eine starke „Dritte Kraft“ zwischen der dominierenden SPD auf dem linken Flügel und der CSU auf dem rechten Flügel bilden. Der BHE machte dabei nicht mit. Er

und die Bayernpartei verschwanden in der Folgezeit. Die FDP ging ab 1972 wieder eigene Wege. Der Gedanke einer „Dritten Kraft“ zieht sich bis heute durch die Nachkriegsgeschichte der Stadt Dachau.

II

Ab **1990** war es mit der „Dritten Kraft“ zunächst vorbei, als neben der FDP und den Grünen (bereits seit 1984) erstmals auch die ÖDP, die Republikaner und die neuen, 1989 von Dr. Edgar Forster gegründeten Freien Wähler in den Stadtrat kamen.

Schon seit **1966** regierte als OB der parteilose Dr. Lorenz Reitmeier, den die CSU und die ÜB gemeinsam aufgestellt hatten und damit die bestehende Vorherrschaft der SPD unter Bürgermeister Franz Xaver Böck brachen.

Nach 30 Jahren, **1996**, ging die Ära Reitmeier zu Ende. Die Stadtratssitze der ÜB schwankten in diesen Jahrzehnten zwischen zwei und vier Stadträten. In diesen Jahren lässt sich ein Aufstieg der CSU beobachten, die seit 1972 die SPD auf den zweiten Platz verwies.

III

Das „Goldene Zeitalter“ der ÜB brach **1996** an, als man mit Kurt Piller den ersten eigenen OB-Kandidaten präsentierte, der zu seiner eigenen Überraschung in der Stichwahl gegen den CSU-Kandidaten Wolfgang Aechtner gewann. Die CSU behielt im Stadtrat jedoch die Mehrheit der Sitze (16, ab 1998: 18). Die ÜB zog mit acht Stadträten mit der SPD gleich. Die Namen kennen Sie alle: Heidi Fitzthum, Wolfgang Gerstner, der in Altomünster geboren ist, Helmut Höfelmaier, Hans Kron, Dr. Heinrich Lehn, Rudolf Miehr, Christine Unzeitig und Hermann Windele.

Die Geschichte der Stadt Dachau von **1996 bis 2003** ist noch nicht geschrieben worden, weil die Exponenten der Zeit ja noch leben und alles justitiabel werden könnte. Schade, dass Ludwig Thoma nicht mehr unter uns weilt, er hätte Stoff für manche Geschichte, ja sogar für einen Roman oder Dachauer Politkrimi.

Die stark gewordenen ÜB verlor im November 1998 zwei Mandatsträger an die CSU. Warum, wissen Sie alle besser als ich.

IV

Die Kommunalwahl **2002** ging in die lokale Geschichte und in Wikipedia als „Wahlfälschungsskandal von Dachau“ ein. Der amtierende OB Kurt Piller verlor zunächst knapp (1. Wahl: 38,11 zu 39,28 %; 2. Wahl: 49,76 zu 50,24 %) und dann bei der Nachwahl 2003 (45,97 zu 54,03 %) deutlich gegen den CSU-Kandidaten Peter Bürgel.

Die ÜB stieg 2002 aber zur zweitstärksten Fraktion nach der CSU auf und überrundete damit die SPD. Neue Gesichter waren Peter Denk, Dr. Wolfgang Erdmann, Ex-OB Kurt Piller (bis 2003) und Claus Weber. Völlig überraschend für die Öffentlichkeit wechselte der ehemalige OB Kurt Piller und ÜB-Stadtrat im Dezember 2003 zur SPD-Fraktion und nahm dort sein Mandat bis März 2008 wahr. Die SPD wurde dadurch wieder zweitstärkste Fraktion.

Trotz allem: Ohne Zweifel hatte zweimal ein eigener OB-Kandidat der ÜB einen nie gesehenen Aufschwung beschert. Da die Kommunalwahl in erster Linie eine Persönlichkeitswahl ist, trugen natürlich bekannte Namen gleichfalls zum Aufstieg bei.

V

Nach dem einsamen Höhepunkt 2002 verlor die ÜB wieder an Mandaten. Mit Dr. Peter Gampenrieder, Rainer Rösch, Ingrid Sedlbauer und Franz Xaver Viereggen stellt sie in der laufenden Wahlperiode von 2014 bis 2020 vier Stadträte.

Führt eine erneute OB-Kandidatur für 2020 zu einem zweiten Goldenen Zeitalter? Das entscheidet der Wähler. Es ist sicherlich schwieriger geworden, weil sich die Stadtgesellschaft veränderte. Im nächsten Jahr ringen acht oder neun Gruppierungen und Parteien um die Stimmen, vier OB-Kandidaten stehen bereit. Es verspricht spannend zu werden, aber bitte nicht mehr so wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Fakultativ: Lassen Sie mich deshalb zum Schluss einige Worte über den idealen OB verlieren.

VI Der ideale Bürgermeister

Unsere Bürgermeister sind „Berufspolitiker“, ob hauptamtlich oder ehrenamtlich macht dabei keinen Unterschied. Da die Bürgermeister direkt gewählt werden, genießen sie nicht nur ein hohes Ansehen, sondern vor allem das Vertrauen der Wählermehrheit, meist sogar mehrere Perioden lang.

Es gibt gewisse Kriterien, an denen sich der „ideale Politiker“ auf kommunaler Ebene bemessen lässt, und gewisse Voraussetzungen, die er mitbringen muss.

Sie lassen sich an acht Kriterien festmachen:

1. Intelligenzfaktoren

Was ist unter **Intelligenz** im Bürgermeisteramt zu verstehen? Ein Bürgermeister muss einen Blick für das Wesentliche und einen gewissen Weitblick besitzen, er darf sich nicht im Kleinen, ja Engstirnigen verstricken. Voraussetzung hierfür ist eine praktische Intelligenz. Bürgermeister müssen zwar an die Zukunft denken, dürfen aber keine Theoretiker und idealistischen Träumer sein. Beweglichkeit und Schnelligkeit des Denkens sind in der alltäglichen Auseinandersetzung gefordert. Ein Fundament stellt sicherlich eine breite Bildung dar, die aber ein Leben lang erworben wird. Man kommt nicht mit einer „fertigen“ Bildung ins Amt. Man lernt dazu, was aber Offenheit und Interesse voraussetzt.

2. Willensfaktoren

Kommen wir zu den **Willensfaktoren**. Ein entschlossarmer Bürgermeister lähmt seine Gemeinde, deshalb sind Entschlussfähigkeit und Entschlussfreudigkeit zwei Seiten einer Medaille. Sicherlich gestaltet sich die Meinungsbildung insbesondere im Stadtrat oft schwierig, weil es persönliche Interessen und gruppen- und parteitaktisches Verhalten gibt. Ein Bürgermeister wird in seinem Bestreben, es allen recht machen zu wollen, wohl scheitern. Sicherlich braucht er die Fähigkeit zum Kompromiss und zur unendlichen Geduld, aber er muss Prioritäten setzen, Entscheidungen rechtzeitig herbeiführen, nicht „aussitzen“ und vor allem auch den Willen zur Führung („Machttrieb“) entwickeln. Er muss führen, weil er vom Bürger direkt gewählt und beauftragt worden ist. Das schützt ihn auch vor zu großer Abhängigkeit von denen, die ihn aufstellten.

3. Charaktereigenschaften

Welche **Charaktereigenschaften** werden erwartet? Zunächst: Jeder Politiker muss Charakter besitzen. Goethe sagte einmal, dass der „Charakter auf der Persönlichkeit“ beruhe und „nicht auf den Talenten“. Zu den wichtigsten Charaktereigenschaften eines Bürgermeisters zählt seine Zuverlässigkeit. Dass er sich an moralische Grundsätze, man spricht vom allgemeinen Sittengesetz, zu halten hat, ist wohl selbstverständlich. Das allgemeine Sittengesetz sagt uns, was nach allgemeiner Auffassung, nach dem allgemeinen

Rechtsempfinden als unzulässig gilt. Man muss nicht im christlichen Sinne gläubig sein, um „anständig“ leben zu können, das kann auch der atheistische Humanist und Menschenfreund. Allerdings erleichtert das jüdisch-christliche Ethos ein „anständiges“ Leben. Ansonsten regeln Gesetze und Verordnungen den Gestaltungsraum.

4. Weltgewandtheit

Was ist **Weltgewandtheit**? Darunter sind Gewandtheit im Auftreten, in Schrift und Wort zu verstehen. Auch hier gilt, dass man Vieles lernen und sich im Laufe der Jahre aneignen kann. Voraussetzung hierfür ist aber eine gewisse Disposition: Ein introvertierter, in sich gekehrter Mensch wird es im öffentlichen Leben schwer haben. Ausstrahlende Ruhe und geduldiges Zuhören müssen keine Kennzeichen von Introversion und Ausdruck von Melancholie oder eines phlegmatischen Charakters sein. Das Gegenteil, die Extraversion, wünscht man sich von einem Bürgermeister nur bis zu einem bestimmten Grad. Zu gesprächig, zu aktiv, zu energisch oder zu dominant will man ihn auch nicht haben, auch wenn dies vielfach der Fall sein kann.

5. Geschick im Umgang mit der Bürokratie

Der Bürgermeister leitet eine Verwaltung, er steht an der Spitze der Bürokratie im Rathaus. Hier ist, vor allem wenn er nicht selbst aus dem „Apparat“, sondern von außen kommt, Geschick im Umgang mit der Bürokratie notwendig. Er muss sich durchsetzen und muss führen können. Genau genommen steht er zwischen dem Bürger und der Verwaltung. In Konfliktfällen muss der Bürger spüren, dass „sein“ Bürgermeister zu ihm steht und ernsthaft versucht, das entstandene Problem mit der Bürokratie zu lösen. Natürlich gilt auch für ihn das Kommunalrecht, aber wie die Praxis zeigt, gibt es immer wieder Spiel- und Ermessensräume. Autorität und Durchsetzungsvermögen gegenüber der Verwaltung sind unerlässlich. Alle sind Dienstleister für den Bürger, der die Gehälter mit seinen Steuern bezahlt. Die Auffassung, dass im Rathaus die Obrigkeit sitzt und der Bürger Bittsteller sei, gehört der Vergangenheit an. Hier ist in den letzten Jahrzehnten ein Bewusstseinswandel eingetreten. Allerdings muss die Verwaltung wohl immer wieder daran erinnert werden.

6. Nervenstärke in der politischen Auseinandersetzung

Man sagt, dass Politiker nicht empfindlich und dünnhäutig sein dürfen, dass sie ein „dickes Fell“ brauchen, um gerechtfertigte und ungerechtfertigte Angriffe aushalten zu können. Man

fordert von ihnen gar Kaltblütigkeit. Dies gilt auch für das Bürgermeisteramt. Nervenstärke erscheint auch für einen Bürgermeister unabdingbar, um Belastungen aller Art wie Anspannungen, Anstrengungen, Rückschläge und menschliche Enttäuschungen, die sich einstellen, aushalten zu können.

7. Gesundheit

Mit „schwachen Nerven“ kommt man nicht weit, weshalb eine gute Konstitution und eine stabile Gesundheit ideale Voraussetzungen für ein politisches Amt sind. Wer nicht mehr abschalten und nicht mehr durchschlafen kann, wird auf Dauer gesehen krank, von den grauen Haaren mal abgesehen, die sich sowieso einstellen werden. Als Ausgleich bewähren sich regelmäßige sportliche Betätigung und Urlaubszeiten, aber das gilt ja für alle von uns.

8. Rückhalt in Partnerschaft, Ehe und Familie

Nicht wenige Ehen von Politikern, auch von Kommunalpolitikern, sind großen Belastungen ausgesetzt und gehen deshalb nicht selten in die Brüche. Rückhalt und Unterstützung in Ehe und Familie sind für ein Bürgermeisteramt unerlässlich. Die „traditionelle“ Forderung, dass die Ehefrau dem Mann den Rücken frei zu halten habe, erweist sich heute als eine von der gesellschaftlichen Realität überholte Vorstellung, wenn der Partner auch berufstätig ist oder nach der Elternzeit in den Beruf zurückkehren möchte. Zahlreiche gesellschaftliche Termine erfordern die Teilnahme des Partners, der nicht gezwungenermaßen, sondern aus Überzeugung mitmachen muss. Er repräsentiert die Gemeinde an der Seite des Amtsträgers mit. Das setzt den Willen zur Kommunikation und eine unvoreingenommene, offene Sympathie für die Mitbürger voraus.

In diesem Sinne: Glück auf Dachau!